

Lieferketten und Nachhaltigkeit im Handwerk

Prof. Dr. Hans Jörg Hennecke

hans-joerg.hennecke@hwk-duesseldorf.de

hans-joerg.hennecke@handwerk.nrw

Lieferketten und Nachhaltigkeit im Handwerk

- I. Aktuelle Bezüge
- II. Betroffenheiten von Handwerk und Mittelstand
- III. Strategische Probleme für den Mittelstand

I. Aktuelle Bezüge

1. *Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz 2021*

- betrifft nach § 1 ab 1.1.2024 Unternehmen jeder Rechtsform ab 1.000 Arbeitnehmer
- Sorgfaltspflichten nach § 3: Risikomanagement, Zuständigkeitsfestlegung, Risikoanalysen, Grundsaterklärung, Präventionsmaßnahmen, Abhilfemaßnahmen, Beschwerdeverfahren sowie Dokumentation und Berichterstattung
- Nach § 9 auch: Umsetzung in Bezug auf Risiken bei mittelbaren Zulieferern durch Risikoanalyse, Präventionsmaßnahmen sowie Konzepte zur Verhinderung, Beendigung und Minimierung
- seit März 2023 **verstärkte behördliche Umsetzung** durch BAFA: Auskunftersuchen im Hinblick auf Beschwerdeverfahren und Risikomanagement; ca. 100 Mitarbeiterstellen

I. Aktuelle Bezüge

2. Vorschlag für eine EU-Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit (2022/0051)

- Anspruch auf Kohärenz zu geltender oder initiiertes Regulierung u.a. zu Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen, Verordnung über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor, Taxonomieverordnung, Richtlinie über Sanktionen gegen Arbeitgeber, Ökodesign-Richtlinie
- Anspruch auf Kohärenz zu Unionspolitik in anderen Bereichen, u.a. Umwelthaftungsrichtlinie, Aktionsplan für Kreislaufwirtschaft, Maßnahmenpaket „Fit für 55“, EU-Emissionshandelssystem
- Anspruch auf Wahrung des Binnenmarktes gegenüber nationalen Gesetzgebungen
- Sorgfaltspflichten nach § 3: Einbeziehung der Sorgfaltspflicht in Unternehmenspolitik, Ermittlung tatsächlicher oder potentieller Auswirkungen, Vermeidung und Abschwächung von Auswirkungen, Beschwerdeverfahren, Überwachung der Wirksamkeit von Strategien, öffentliche Kommunikation
- **Anwendung auch auf Geschäftspartner**

I. Aktuelle Bezüge

3. *Vorschlag zu „Net Zero Industry Act“ (2023/0081)*

- Ziel: Produktionskapazität für die wichtigsten Technologien bis 2030 auf 40% des Bedarfs zu heben
- Technologien: PV/Solarthermie, Onshore-Windkraft/Offshore-Energie, Batterien/Speicher, Wärmepumpen/Geothermie, Elektrolyseure/Brennstoffzellen, Biogas/Biomethan, Kohlenstoffspeicherung/-abscheidung/-nutzung, Netz-Technologien
- Maßnahmen: günstige Investitionsbedingungen/Beschleunigung von Genehmigung, Beschleunigung der CO₂-Abscheidung, leichter Marktzugang durch **verpflichtende Vergabekriterien**, bessere Qualifikationen, Förderung von Innovationen, Net-Zero-Plattform

I. Aktuelle Bezüge

4. Vorschlag zu „Critical Raw Materials Act“ (2023/0079)

- Ziele: Stärkung aller Stufen der europäischen Wertschöpfungskette für kritische Rohstoffe, Diversifizierung der Einfuhr aus der EU, bessere Risikoüberwachung
- Prioritäten: Erhöhung der heimischen Kapazitäten für 46 verschiedene Rohstoffe auf mindestens 10% (Abbau), 40% (Verarbeitung), 15% Recycling) und höchstens 65% aus einem Drittstaat
- Maßnahmen: Genehmigungsverfahren für kritische Rohstoffprojekte vereinfachen, **Zugang zu Finanzmitteln erleichtern**, Erkundung von geologischen Ressourcen, Überwachung kritischer Rohstoffversorgungsketten, **Koordinierung der strategischen Rohstoffvorräte**, Investitionen in Forschung, Innovation und Qualifikation, **Verpflichtung zu Recycling**

I. Aktuelle Bezüge

5. Soziale Taxonomie

- Abschlussbericht der „Platform on Sustainable Finance“
- Regulatorische Initiative nach der Europawahl 2024 zu erwarten
- Ausweitung des Taxonomieanspruch von ökologischen Kriterien auf wirtschaftliche und soziale Zielsetzungen
- damit nicht nur messbare Effekte für Klimaschutz als Gegenstand der Regulierung, sondern auch **viele normative Setzungen** der Wirtschafts- und Sozialpolitik ohne Klärung von Prämissen und Zielkonflikten
- deutliche Erhöhung der Anforderungen für Berichtswesen und deutlich mehr Eingriffe in die Unternehmensführung zu erwarten
- ganz aktuell: neue Konsultation zu Fortschreibung der EU-Taxonomie

II. Betroffenheiten von Handwerk und Mittelstand

- Ganz überwiegend Eingrenzung auf besonders große Unternehmen oder bestimmte Rechtsformen
- Aber z.T. sind auch größenunabhängige Betroffenheiten zu erwarten
- Bei der Vielzahl und Kleinteiligkeit der Regulierungen sind Kohärenzprobleme und Rechtsunsicherheiten zu erwarten
- Eine Dynamik der Regulierungsdichte ist zu erwarten (CSRD-Standards als Basis)
- Weiterreichen von Anforderungen wird Handwerk größenunabhängig auf breiter Front **indirekt** betreffen, v.a. bei öffentlichen und gewerblichen Auftraggebern
- Unternehmen mit multiplen, gleichzeitigen Anpassungsherausforderungen: Nachhaltigkeit, Resilienz, Kreislaufwirtschaft, Klimafolgenanpassung, Fachkräfteengpaß, Innovationsdynamik, Regulierungshektik, Zielkonflikte
- Digitalisierung als zwingende Voraussetzung für Dokumentations- und Berichterstattungspflichten
- viele sektorale Spezifika: Lebensmittelgewerbe, zirkuläres Bauen, Steinmetzen

III. Strategische Probleme für den Mittelstand

1. Handlungsebene

- Mittelstandsinkompatible Regulierung und Marktverdrängung durch KMU-Ausnahmen möglich
- wissenschaftsbasierte Kenntnisse über Auswirkungen und Anwendbarkeit geplanter Regulierung
- möglichst einfache digitale Instrumente für Nachweis von Nachhaltigkeit gegenüber Auftraggebern und Banken (Berichte, Dokumentation, Zertifizierung)
- Etablierung von nachhaltigkeitsrelevanten Zuständigkeiten und Verfahren im Betrieb
- Beratungskompetenz gegenüber Auftraggebern
- Kooperationskompetenz (z.B. Kreislaufwirtschaft, Vertragsgestaltung mit Kunden und Lieferanten)
- Strategiefähigkeit für nicht-fragiles Anpassungsverhalten
- Qualifikation zu nachhaltigen Produktionsweisen, Lieferbeziehungen und Geschäftspraktiken
- fachliche und betriebswirtschaftliche Qualifikationsangebote durch Verbände und Kammern

III. Strategische Probleme für den Mittelstand

2. Regelebene

- Kleinteiligkeit, Kurzatmigkeit und Inkonsistenz der Regulierung
- Überforderung von Regelanwendern und Normadressaten
- Institutionelle Sklerose wg. hoher Korrekturbedürftigkeit der Regulierung
- Protektionismus als Gefahr für Resilienz
- Aushöhlung des Binnenmarktes durch zentralen Interventionismus und Blockbildung
- Von der „Delegierung“ von Rechtsakten zur „Delegitimierung“
- brüchige Akzeptanz von Nachhaltigkeitspolitik wg. ungelösten Zielkonflikten
- Nötig: eine ordnungstheoretische Konzeption von Nachhaltigkeitspolitik, die freiheitlich-offen angelegt und stärker regelbasiert ist, auf weniger interventionistische Instrumente setzt und deren Narrativ ermutigender und motivierender ist.